

A. WARUM WILL DIE SPD DIE KITAGEBÜHREN ABSCHAFFEN UND SAMMELT DAFÜR UNTERSCHRIFTEN?

1. Wir wollen, dass alle Kinder von frühkindlicher Bildung profitieren!
2. Wir wollen Familien entlasten!
3. Wir wollen berufstätige Eltern nicht länger bestrafen!
4. Wir wollen die historische Chance der Entlastung im Länderfinanzausgleich für diesen wichtigen Schritt nutzen!
5. Wir wollen die CDU an ihre Landtagswahlversprechen von 2013 erinnern!

B. WÄRE ES NICHT GERECHTER, DIE BESTEHENDEN GEBÜHREN FÜR MITTLERE UND HÖHERE EINKOMMEN BEIZUBEHALTEN?

Nein. Denn erstens zahlen bereits heute Normalverdiener zum Teil die Höchstsätze. Das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun.

Zweitens: Die Gebührenstaffelung nach Haushaltseinkommen bestraft in der Regel Familien, in denen beide Eltern arbeiten – also vor allem die berufstätigen Frauen.

Drittens: Die ständige Einkommensüberprüfung erzeugt erheblichen Bürokratieaufwand für die Familien und in den Verwaltungen und kostet viel Geld. Viertens: Wenn Gutverdiener in öffentlichen Kitas hohe Kosten haben, bevorzugen sie private Angebote – es droht ein Zweiklassensystem.

Natürlich setzt sich die SPD auch in Zukunft dafür ein, dass Reiche mehr für die Gesellschaft beitragen. Das geht am besten durch ein gerechteres Steuersystem. Gleichzeitig müssen alle von Bildung und Betreuung gleichermaßen

FRAGEN UND

ANTWORTEN

ZUR GEBÜHREN-

FREIHEIT

profitieren können. Denn das stärkt den sozialen Zusammenhalt und die Akzeptanz in allen Gesellschaftsschichten.

C. WIE SIEHT DER FAHRPLAN DER SPD ZUR GEBÜHRENFREIHEIT AUS?

In der Berechnung der Kosten für beitragsfreie Kindertagesstätten gehen wir von einer zusätzlichen Belastung von ca. 350 Millionen Euro aus. Wir wollen die durch den neuen Länderfinanzausgleich frei werdenden Mittel dafür nutzen, beitragsfreie Kindertagesstätten zu finanzieren. Bis 2020 wollen wir in einem Stufenmodell die finanzielle Belastung von Eltern schrittweise zurückschrauben: Zunächst könnte das zweite Kindergartenjahr zur Hälfte freigestellt werden, wie

GEBÜHRENFREIE KITAS FÜR HESSEN
HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.

HESSEN
SPD

FRAGEN UND

ANTWORTEN

ZUR GEBÜHREN-

FREIHEIT

es jetzt bereits beim dritten Jahr der Fall ist, danach das erste. So profitieren von Beginn an alle Eltern mit Kindern bis fünf Jahren gegenüber dem Status quo. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf für den ersten Schritt hat die SPD jetzt in den Hessischen Landtag eingebracht. Ab 2020 würden dann alle Elternbeiträge entfallen.

D. WIE WILL DIE SPD DAS FINANZIEREN?

Die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs (LFA) ab 2020 entlastet Hessen nach derzeitigem

Verhandlungsstand um mehrere hundert Millionen Euro im Jahr. Von größter Bedeutung ist für die SPD Hessen, dass die Abschaffung der Kitabeiträge mit der Verpflichtung des Landes einhergeht, den Kommunen den Einnahmeausfall aus den frei werdenden LFA-Mitteln auch tatsächlich zu ersetzen. Denn viele Städte und Gemeinden würden Kitagebühren sofort abschaffen, wenn sie die finanzielle Möglichkeit dazu hätten. Doch nur wenige konnten das bisher aus eigener Finanzkraft stemmen. Die kommunalfeindliche Politik der schwarz-grünen Landesregierung hat stattdessen viele sogar zu Gebührenerhöhungen gezwungen.

E. WILL DIE SPD GELD AUSGEBEN, DASS ES NOCH NICHT GIBT?

Nein. Die ersten, sofort umsetzbaren Schritte des SPD-Plans zur Gebührenfreiheit sind ohne Weiteres aus dem laufenden Landeshaushalt zu finanzieren – selbst wenn die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich scheitern würden, wonach es nicht aussieht. Die vollständige Abschaffung der Gebühren in der letzten Stufe koppeln wir an die tatsächliche Entlastung Hessens im LFA. Im Unterschied zu anderen Parteien und Gruppierungen hat die SPD einen seriösen finanzierten Umsetzungsvorschlag unterbreitet. Schließlich ist die SPD in den meisten hessischen Kommunen in politischer Verantwortung.

HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.

**HESSEN
SPD**